

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt WK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. Abonnements-
preis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg,
Pommern, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 40 Pf. wochentl. oder M. 1.75
monatl. Abonnementspreis bei Postbezug: monatl. M. 1.75 u. viertel-
jährlich M. 5.25. Inzerationspreis die Zeile M. 1.- mit 50%
Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche M. 1.- mit 40%
Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten 75 Pf. die Zeile; Kleina-
nzeigen: das Wort 25 Pf., das fettdruckte Wort 50 Pf. mit 50%
Zuschlag. - Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die nebenstehend auf-
geführten Filialen entgegen. - Redakt. u. Haupt-Exp.: S. W. Jerusalem
Str. 49-49. Tel.: Zentrum Nr. 10131-10144; r. d. Fernverk. Nr. 14207-14208.
Chefredakteur: Otto Buschke.

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-6, Frankf. Allee 286, Frankf.
Allee 346, Gr. Frankf. Str. 131, Gieseler-Str. 197, Schön. Allee 144, Schulhausstr. 4,
Friedrichstr. 1, Müllerstr. 135, Radstr. 51, Königstr. 66-67, Rosenhal. Str. 48, Rathenow-
Str. 3, Turmstr. 41, Potsd. Str. 23, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 2, Blichstr. 69,
Charlottenb., Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrestr. 23, Nürnbr. Str. 25-26,
Kaiserdamm 20, Friedmann-Rheinstr. 19, H. Jensen-Grünwald, Herriettenplatz;
Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Gieseler-Str. 1-2, Neukölln: Ber-
liner-Str. 41, Hermannstr. 93-94; Panitzsch: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite
Str. 10; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 190,
Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Ulland-
str. 88, Kaiserplatz 18; Brandenburg: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlossstr. 1; Frank-
furt a. O.: Regierungstr. 4a, Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam:
Brandenburger Str. 22; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Brandplatz 5.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Wie Deutschland zahlen soll.

Paris, 17. April. (Sabas.)
„Le Journal“ veröffentlicht folgende Einzelheiten
über die Arbeiten des Unterausschusses für Prüfung der
finanziellen Kräfte und der Zahlungsmittel
Deutschlands. Die Alliierten zahlen den innerhalb
18 bis 24 Monaten verfügbar werdenden flüssigen Betrag
in Gold, Silber und sonstigen Werten mit 20 Mil-
liarden Mark, darunter 3200 Millionen Mark in
Bar. Vom 1. Januar 1921 an werden mit Rücksicht auf
die Besserung der industriellen und der Kreditverhältnisse
des Feindes die Zinsen ratenweise erhöht werden.
Die Schuld wird in Form von gangbaren Obligationen
auf den Inhaber lautend, konsolidiert. Es wurde be-
schlossen, Deutschland zu verpflichten, seine Einnahme
auf ein Mindestmaß herabzusetzen und eine Exportation zu
verboten. Da diese Politik ein schnelles Ausbluten Deutsch-
lands vor Abtragung der Kriegsschuld bewirken könnte,
beschloß die Ausschusskommission, für bestimmte Ergebnisse
ein besonderes Maß anzusetzen. So wurde die Erzeugnis-
ausfuhr mit jährlich 60 Millionen Tonnen, entsprechend
einem Gesamtwert von etwa 1600 Millionen Mark, angelegt.
Die Kommission ging von dem Gedanken aus, daß die
Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht dadurch abgeschwächt
werde, daß seiner Industrie eine hohe Aus-
fuhrsteuer auferlegt und die Einfuhr der Rohstoffe mit
ebenfalls hohen Steuern belegt wird. Die Kommission be-
rücksichtigt ferner die kommerzielle Einbuße in-
folge des Verlustes Elsass-Lothringens, der Kolonien und der
Handelsflotte. Die beste Gewähr für Bezahlung der Raten
wird die Erkenntnis der Mittelmächte sein, daß diese
Zahlungen im Interesse der Erhaltung ihres eigenen
Kredits liegen.

bereit zu sein. Der Vertrag mit Deutschland, der mehr und
mehr das Ansehen eines möglichst vollständigen Vertrages annehme,
der mehrmals nur den künftigen Präsidentschaftsvertrag, wird
auch die Lösung der Fragen wegen Kiautschau und Spij-
bergen enthalten.
Was die Entschädigungen anbetrifft, so bewegen
die Kundgebungen der Alliierten den Rat der Vier, von
Deutschland nur einfache Versprechungen zu for-
dern. Doch scheinen die Entschädigungen die Kriegs-
kosten nicht zu enthalten.

Die Einladung noch nicht eingetroffen.

Die Deutsche Waffentillandskommission in Berlin teilt mit: Eine
offizielle Einladung der deutschen Vertreter über Spa zu
den Vorverhandlungen ist noch nicht erfolgt.

Weitere Erleichterung der Lebensmitteleinfuhr.
Deutsche Kredite bei Neutralen.

Haag, 17. April.
Dem Korrespondenz-Bureau zufolge teilt das interalliierte San-
delkomitee im Haag mit, daß fortan, um Deutschland in die Lage
zu setzen, in neutralen Ländern für den Einkauf von Lebens-
mitteln Kredit zu erhalten, keine Firma in einem neutralen
Land durch Setzung auf die schwarze Liste bestraft werden wird,
wenn sie (innerhalb der bestimmten Grenzen) Lebensmittel nach
Deutschland ausführt, Deutschland für den Ankauf von Lebens-
mitteln Kredit gewährt oder Waren, deren Ausfuhr aus Deutsch-
land die assoziierten Regierungen bewilligt haben, einführt. Die bestehenden
Anordnungen, die die Ausfuhr von Lebensmitteln verbieten,
werden aufgehoben, die Ausfuhr wird jedoch in Uebereinstim-
mung mit den Anordnungen gelassen, die von der Lebensmittels-
abteilung des Obersten wirtschaftlichen Rates gutgeheißen sind.

Deutsches Leiden.

O N. Die christliche Karfreitagssmythologie wird in diesem
Jahre dem deutschen Volke besonders lebendig. Wir leiden
tief, und hoffen in unserem Schmerz, daß Erlösung uns durch
Leid werde. Es ist ja tieftraurig, daß ein Teil unseres Volkes
durch die Furchtbarkeit einer fast fünfjährigen Kriegssqual
gegen das Leid des Vaterlands so abgestumpft erscheint, daß
es nur in materieller Gier und gesteigerter Genußsucht We-
täubung sucht. Aber man darf doch annehmen, daß in der
Stille eines ernsten Feiertages auch in jenen Menschen ein
Nachdenken vor sich geht, daß sie am Karfreitag den großen
Schmerz ihres Volkes mitfühlen.
Seit Monaten werden wir nun auf die Folter gespannt.
Die Presse des Feindes wühlt in unseren Wunden, man
schmeißt in Milliardenziffern, die man an Kriegsschädigung
aus uns herauszuziehen will und die wirtschaftliche Verflavung
auf Jahrzehnte für uns bedeuten müßten. Unseren Volks-
genossen im Westen und im Osten verdoppelt man die seelische
Qual, indem man ihnen mit Fremdherrschaft und jahrelanger
Besatzung droht. Nie noch ist ein Volk so gequält worden, und
man versteht es nicht, wie die besseren Geister des Auslandes
stumm jenen Orgien zusehen können, die eine entmenschte
Presseherde an einem leidenden Volke verübt.

Die große Rede Lloyd Georges im englischen Unter-
hause hat unsere qualende Ungewißheit nicht beendet. Der
englische Premier ist der Meinung, daß eine Veröffentlichung
der Friedensbedingungen vor der Besprechung mit dem Feinde
ein „Fehler ersten Ranges“ sein würde. Man hört dieses
Wort mit Befremden; denn einst schien es, daß die Ver-
dammung aller Geheimdiplomatie nicht nur ein Glaubenssatz
des Herrn Wilson sei. Wilson hat sich bei den Vorverhand-
lungen auf Methoden eingelassen, die nicht nur seinen Grund-
sätzen widersprechen, sondern die auch seine Position von
vornherein schwächen mußten. Welche Macht hätte er aus-
üben können, wenn er stets die moralische Hilfe der Meinung
der gestifteten Welt für seine Anschauungen in die Schranken
rufen konnte! Statt dessen wird in der Dunkelkammer eines
Viererrats über das Schicksal der Welt beraten, und Deutsch-
land weiß nicht, ob das Wahrheit ist, was die feindselige Presse
mit jadischem Behagen über die angeblichen Beschlüsse von
Paris in die Welt ergießen läßt.

Über auch Lloyd Georges Rede enthält für uns martierende
Zweifel. Sie liegen besonders in der Wendung, daß Fran-
reich sich „vor einer Wiederholung des Angriffs geschützt
fühlen müsse“. Es ist ja leider kaum noch zu bezweifeln, daß
Frankreichs Greise von dem neuen Geist der Welt nichts be-
greifen haben, und daß alle Lehren der Weltgeschichte in Paris
unverstanden bleiben. Es ist durchaus unsere Pflicht, uns in
die Lage Frankreichs hineinzuempfinden. Dieses Volk von vierzig
Millionen hat einen Krieg gewonnen und wird dennoch dieses
Sieges nicht froh werden. Elsass-Lothringen würde ihm nicht
zu einer Blüte und Wiedergeburt verhelfen, wie man
45 Jahre lang dem Volke erzählt hat, und neben ihm bestünde
das 70-Millionen-Volk weiter, dem man arghöhnt. Und in
diesem Zustand doppelter seelischer Depression sieht man in
Paris nur den gleichen Ausweg, der unsere Aldeutschen
hypnotisierte: man ruft nach „Sicherungen“. Und man
bedenkt nicht, daß die beste Sicherung die Freundschaft und
Zufriedenheit eines großen Nachbarnvolkes ist. Nie waren die
natürlichen Bedingungen für eine Verständigung leichter ge-
geben als jetzt, wo der preussische Militarismus überwunden
ist und in Deutschland die Demokratie herrscht. Deutsch-
land will wieder gut machen, und die demokratischen
Kreise seines Landes begreifen Frankreichs wirtschaftliche und
geistige Lage. Aber die deutsche Regierung darf nicht über die
Grenzen des Wilson-Friedens hinausgehen, wenn sie nicht er-
neut einer nationalistischen Bewegung überantworten lassen
oder Deutschland dem Bolschewismus überantworten will. Es
gibt keine „Sicherungen“, die ein Urecht dauernd sichern
können, und nur ein Rechtsfrieden wird ein Dauerfrieden sein.
Wenn die Franzosen unter einem Schein des „Rechts“ und
unter Beugung der Wilson-Punkte das Saarboden an sich
reißen würden, wenn sie den Polen Danzig oder andere nicht
unzweifelhaft polnische Landesteile den Polen zuschanzen, um
sich vor uns zu „sichern“, so würde das eine verhängnisvoll
falsche Rechnung werden, aus der neues Unheil der Welt
entstehen müßte.

Graf Brockdorff-Rantzau hat in einer Unterredung
mit dem Vertreter der „New York Sun“, Herrn v. Wiegand,
betont, daß Deutschland einer „schlecht verhaltenen Unnertion
des Saarbodens“ niemals zustimmen könne, und daß er nie-
mals einen solchen Friedensvertrag unterzeich-
nen werde. Aber wir bezweifeln es, daß sich der Leiter der
deutschen auswärtigen Politik nicht auf diese Abfrage an einer
Gewaltfrieden beschränkt hat, sondern darüber hinaus kluge
Worte für eine notwendige Entschädigung Frankreichs ge-
sprochen hat. Er betont, daß mit erfahrenen Geschäftsleuten
sich ein Weg finden lassen wird, der Frankreich sicher zu einem
Erfolg seiner Bergwerkschäden verhelfen kann, und daß dieser
Weg zu einer Annäherung, statt zu einer dauernden
Entfremdung der beiden Völker führen würde. Graf
Brockdorff-Rantzau hat noch ein anderes gutes Wort bei dieser
Gelegenheit gesprochen, das auch einen leisen Karfreitagklang
hat. Er meint, daß der Weltkrieg uns doch durch die Er-
fahrung von der Solidarität des Leidens, die er uns
gebracht hat, über die Solidarität unserer wahren
Interessen aufgeklärt haben sollte. Hier sind Leid und
Erlösung in einem Gedanken verbunden. Werden die Völker

In der Fekung München.

Ein Angriff der Italiener von Tirol aus?

Augsburg, 17. April.
Von einem aus München zurückgekehrten Augsburger
wird den „Augsburger Neuesten Nachrichten“ mitgeteilt, daß
Dienstagabend und Mittwoch früh in München Sturm
gelautet wurde, da es hieß, die weiße Garde sei im
Anmarsch. Bei Pasing und an der ganzen nördlichen
Peripherie der Stadt sind Schützengräben und
Dratverhaue angelegt. Vom Führer der Regierung-
struppen soll ein Ultimatum an die kommunistische Re-
gierung gestellt worden sein, das bis gestern abend bedin-
gungslos akzeptiert werden sollte. Heute morgen
sollte der Kampf beginnen. Man rechnet auch auf
einen Angriff der Italiener von Tirol aus. Das
Augsburger Hotel „Stadt Wien“ ist in ein Lazarett um-
gewandelt worden.

Die proletarische „Freiheit“.

Disziplin, Disziplin, Disziplin.

München, 17. April.
Die „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und
Soldatenräte“, welche an Stelle der „Münchener Nachrichten“
erscheinen, enthalten unter dem 16. nachmittags folgende
Bekanntmachungen:
„Proletarier aller Länder vereinigt euch! Ihr
wollt und müßt siegen! Darum Disziplin! Disziplin und noch-
mals Disziplin! Wählt euch gute Führer! Gehorcht ihnen
unbedingt und seht sie sofort ab, wenn sie im Kampf ver-
sagen! Bildet Kompagnien und Bataillone, versammelt euch täg-
lich auf selbstbestimmten Appellplätzen in euren Betrieben. Diese
Appellplätze sollen auch in Alarmfällen eure Sammelplätze sein
wo ihr Befehle und Instruktionen erhaltet! Lebt euch in ge-
schlossenen kleineren und größeren Abteilungen zu marschieren!
Demonstriert in solchen geschlossenen Zügen durch die Stadt
und sorgt mit allen Mitteln für festen Zusammenhalt! Faltet eure Gewehre und Munition intakt und gebt sie
nicht aus der Hand. Disziplin und proletarische Ordnung
werden die Revolution und die proletarische Räterepublik
retten. Es lebe das Proletariat und die revolutionären Soldaten!
gez.: München, 16. April 1919.
Der Stadtkommandant, Edelhofer.“

Eine weitere Bekanntmachung des Vollzugsrates der Betriebs-
und Soldatenräte Münchens betrifft die Waffenablieferung
der Bürger. Eine dritte Bekanntmachung verbietet die
Schließung von Lebensmittelgeschäften, Apotheken und Drogen-
handlungen bei Strafe der Enteignung.

München, 17. April.
Eine Verordnung des Vollzugsrat der Betriebs- und Sol-
datenräte besagt: Vom Streik sind ausgeschlossen: Banken,
Sparkassen, Post, Eisenbahn, Eisenbahnwerkstätten, Telegraph, Tele-
phon, Expedition, Elektrizitätswerke, Gaswerke Wasserwerke. Alle
mit der Nahrungsmittelherstellung und -versorgung beschäftigten Be-
triebe, Hotelbetriebe, Artilleriewerkstätten usw., Konditoreien, Kaffees,

Kongresslokale sind geschlossen zu halten. Die Herstellung
von Konditoreiwaren ist untersagt. Die Unternehmer
sind angewiesen, Lohn für die Streiktag zu zahlen.

Das befreite Braunschweig.

Der Einzug der Cruppen. — Eichhorn verhaftet.

Braunschweig, 17. April. (Privat.)
Die gestern von General Maercker mit den braunschweigischen
Volkskommissaren in Helmstedt geführten Verhandlungen sind ge-
schickert. Der Rat der Volksbeauftragten hat gestern und heute
mehrfach die Arbeiter und alle vollstündigen Einwohner zur sofortigen
Ablieferung der Waffen dringend aufgefordert und sie er-
laubt, den Regierungstruppen beim Einzug feierliche Wider-
stand entgegenzusetzen und seinen Anlaß zum Einschreiten zu geben,
da durch einen einzigen Schuß namenloses Unglück über die Stadt
bräuhet werden könne. Zahlreiche bewaffnete Arbeiter haben sich
daher gestern und heute ihrer Waffen entledigt, vielfach diese
unbrauchbar gemacht und ins Wasser geworfen. In
vergangen Nacht hat der frühere Berliner Volkspräsident
Eichhorn in einem Flugzeug die Flucht ergriffen. Das
Flugzeug wurde jedoch bei Helmstedt in einer Notlandung
gezwungen, und Eichhorn wurde von den Regierung-
struppen festgenommen. Der Erzbischof von Merseburg und mehrere
Eparchienführer sind ebenfalls in verlassener Nacht im Auto ge-
flüchtet, wurden jedoch noch nicht ergriffen. Heute früh
8 Uhr ließ General Maercker durch Flugzeuge in der Stadt Braun-
schweig bekannt machen, daß der Reichspräsident über das Gebiet des
ganzen Freistaates Braunschweig den Belagerungszustand
verhängt und ein außerordentliches Kriegsgericht eingesetzt
habe. Wer mit Waffen betroffen wird, wird nach Kriegsrecht be-
straft. Die Zeitungen unterliegen der Zensur.
Zwischenfälle haben sich bisher nicht ereignet. Es stehen jetzt
10 000 Mann aus Braunschweig herum, weitere Truppen
treffen im Laufe des Tages in Braunschweig ein. General
Maercker ist heute vormittag in der Stadt angekommen. Die
Stadt Braunschweig ist in der verlassenen Nacht zwischen 12 und
1 Uhr von heftigen, hinter der Reichsregierung stehenden Inter-
offizieren und Mannschaften besetzt worden. Die Pulver- und
die Infanterietarife werden nicht betreten, da sie unterminiert
sind. Die Bevölkerung wird entwaffnet. Die bestehende Volks-
marinedivision und Volkswehr werden aufgelöst.

Braunschweig, 17. April.

Zwischen der wirtschaftlichen Vereinigung braunschweigischer
Industrien und den Vertretern der Arbeitnehmers ist
gestern in einer Sitzung die Vereinbarung getroffen worden, die
Arbeit am Dienstag nach Osten in allen Betrieben
wieder aufzunehmen. Der Eisenbahnbetrieb ruhte
heute vorläufig noch.

Der Verletzte Ausschuss des Landtages protestierte
heute in einem dringenden Telegramm bei der Reichsregierung
gegen verschiedene Maßnahmen; besonders gegen die Absetzung
der bisherigen Regierung, die Verhaftung der Abgeord-
neten Dexter und Gerdard, die Auflösung des Arbeiterrates,
die Einsetzung der Standgerichte und die Verhängung
des verstärkten Belagerungszustandes. Der
Verletzte Ausschuss bezeichnete derartige Schritte als ungesetzlich,
als einen Eingriff in die bundesstaatlichen Rechte
und in die Braunschweiger Verfassung.